

An die Vertreter_innen der Presse

Basel, den 21. Dezember 2010

Wer viel bezahlt, muss nicht gut sein!

Stellungnahme der skuba

//verabschiedet am 21.12. 2010, als dringliche Stellungnahme in Absprache mit dem Ratspräsidium nach §34 Absatz 3 des Statuts //

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit Monaten geistert das Gespenst der angeblich qualitätsmindernden ausländischen Studierenden durch verschiedenste universitäre und politische Gremien, vermeintliche Lösungen sollen Zulassungsbedingungen und Studiengebührenerhöhungen darstellen. Nun erreichte die Debatte einen neuen Tiefpunkt. Mauro Dell'Ambrogio - Staatssekretär für Bildung und Forschung - anerkennt im Tages Anzeiger vom 20. Dezember zwar, dass ausländische Studierende zur Qualität eines Hochschulsystems beitragen – allerdings nur sofern sich ihre Zahl in Grenzen hält. Als geeignete Massnahmen zur "Mässigung" sieht Herr Dell'Ambrogio eine Begrenzung der Ausländer_innenzahlen an den Schweizer Hochschulen oder eine massive Erhöhung der Studiengebühren. Als Beispiel zieht er die Universität der italienischen Schweiz hinzu, wo ausländische Studierende bereits mehr bezahlen. Womit er nahtlos dazu gelangt, dass die Studiengebühren generell angehoben werden sollten, denn "was nichts kostet, ist auch nichts wert."

Die Schweiz hat eine lange Tradition einer internationalen Studierendenschaft. Bereits Ende 19. Jahrhundert durften in der Schweiz Russ_innen studieren, denen dies in ihrem Heimatland verwehrt wurde. Nach 1956 begannen Zahlreiche Ungar_innen ihre Studien an unseren Universitäten. Durchforscht man die Unterlagen im Baslerischen Staatsarchiv, so merkt man, dass es auch damals Kritik an diesen Studierenden gab - die Russ_innen seien unqualifiziert. Bei den Ungar_innen stellte sich die Frage der Finanzierung - wohl verstanden nicht der Studienkosten, sondern des Lebensunterhaltes dieser Menschen. Betrachtet man den aktuellen Diskurs, scheint die Lage mit den heutigen ausländischen Studierenden gar noch verheerender zu sein: Sie stehen nicht nur unter dem Generalverdacht, mangelhaft qualifiziert zu sein, vielmehr scheinen auch ihre Studienkosten die Möglichkeiten der krisengeschüttelten Eidgenossenschaft zu überschreiten.

Laut Dell'Ambrogio seien Tessiner Verhältnisse - also 4000 CHF pro Jahr für Studierende mit Zuschüssen der öffentlichen Hand, 8000 CHF für die anderen - zumutbar. Es bleibt zu fragen, ob der Staatssekretär die Schweizerische Realität verkennt. In der Schweiz arbeiten gemäss einer gemeinsamen Studie der Schweizerischen Rektorenkonferenz und des Verbandes der Schweizerischen Studierendenschaften 77% der Studierenden neben dem Studium. Die neueste

Erhebung des Bundesamtes für Statistik weist aus, dass nur 9% aller Studierenden der tertiären Bildungsstufe ein Stipendium erhält. Die Mehrheit der Studierenden stammt aus Elternhäusern mit akademischem Hintergrund. Unter diesen Voraussetzungen soll es zumutbar sein, durch eine Erhöhung der Studiengebühren noch stärker nach sozioökonomischen Kriterien zu selektieren? Was soll denn die Zahlungskraft mit der "Qualität" der Studierenden zu tun haben? Oder interessiert uns Qualität plötzlich nicht mehr. **Ein_e gute_r Ausländer_in ist ein_e reiche_r Ausländer_in, ein_e gute_r Studierende_r ist ein_e reiche_r Studierende_r. Etwas anderes als die vollständige Wandlung unserer Hochschulen zum abgeschirmten Schutzraum des Geldadels können solch massive Erhöhungen nicht bedeuten.**

Würde denn dieses neue System etwa durch grössere Unterstützung für sozioökonomische benachteiligte Studierende abgefedert werden?

Fehlanzeige - der Stipendieninitiative steht Dell'Ambrogio negativ gegenüber. Der Weg des Stipendien Konkordats soll gegangen werden. So begrüßenswert jedes Streben nach einer Verbesserung des schweizerischen Stipendienwesens ist, so wird es dieses nicht schaffen, eine verdrei- bis Versechsfachung der Studiengebühren abzufedern. Um eine solch unmässige Erhöhung kompensieren zu können, ist mehr notwendig, als eine marginale Erhöhung der Beiträge, welche nicht einmal für alle Kantone verpflichtend ist.

Was die Schweiz braucht, ist eine Stärkung der Ausbildung als öffentliches Gut für ALLE und nicht als Privileg der Zahlungskräftigen! Auch wenn der Staatssekretär auf Grund des Tessiner Beispiels dies anders antizipiert, werden die Studierenden - wie letztes Jahr im Kanton Zürich - bereit sein dafür zu kämpfen.

Lea Meister
skuba-Vorstand Ressort Hochschulpolitik
Kontakt: Hochschulpolitik-skuba@unibas.ch
078 720 65 78

Chaim Howald
skuba-Vorstand Ressort Soziales
Kontakt: soziales-skuba@unibas.ch
078 607 60 01

